NEUE ZEIT

MIT MATERIAL ANZEIGER

DEUTSCHLAND-AUSGABE

12. JAHRGANG — NR. 118
PREIS 20 PFG.
(IN BERLIN 15 PFG.)

TAGESZEITUNG DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION DEUTSCHLANDS

BERLIN, DONNERSTAG
24. MAI 1956

Prof. Barth schrieb an Dr. Nuschke

Dank für Glückwünsche der Christlich-Demokratischen Union

Berlin (NZ). Prof. D. Karl Barth, der bedeutende evangelische Theologe, hat dem Vorsitzenden der CDU, Dr. Otto Nuschke, für die Glückwünsche zum 70. Geburtstag herzlich gedankt und in diesem Zusammenhang wichtige Ausführungen auch über die politische Orientierung des deutschen Protestantismus gemacht. Der Brief Prof. Barths hat folgenden Wortlaut:

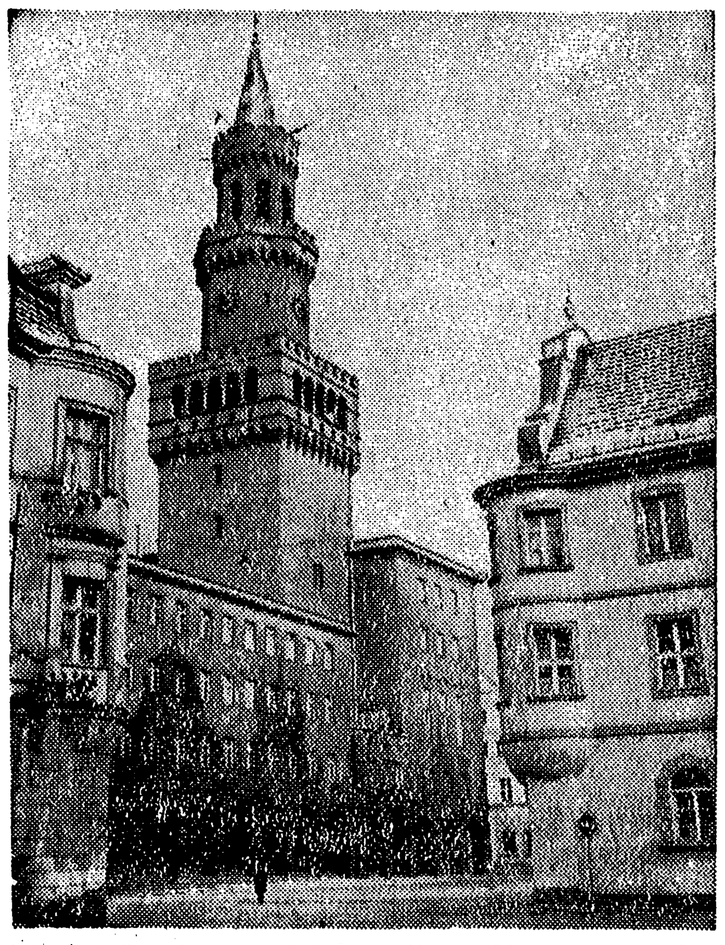
„Hochgeehrter Herr Dr. Nuschke! Sie haben mir zu meinem 70. Geburtstag einen Brief geschrieben, für den ich Ihnen herzlichst danken möchte.

Es ist mir nicht entgangen, wie sorgfältig und umsichtig Sie meine Lebensarbeit und meine Haltung in ihren verschiedenen Bereichen und Dimensionen zu würdigen unternommen haben. Um was es mir gegangen ist und noch geht, haben Sie in den Hauptzügen richtig gesehen und beschrieben. Wenn ich an all das Unheil denke, das sich in unserer Zeit trotzdem ereignet hat — auch an die immer neu aufbrechenden Ströme von allerlei alter und neuer Torheit und Bosheit — so steht mir freilich die Unvollkommenheit alles menschlichen Wollens sehr deutlich vor Augen. Gäbe es keine Vergebung und keine ewige Hoffnung, wie wollte und könnte man da durchhalten und tapfer immer wieder von vorn anfangen? Daß er darum weiß und in diesem Wissen von Tag zu Tag seine bescheidenen, aber festen Schritte tut, das wird wohl den christlichen Politiker von andern unterscheiden, wie man denn auch als Theologe nur in und von diesem Wissen leben kann.

So würde ich selbst vieles von all dem Guten, was Sie von mir sagen, sehr viel zurückhaltender formulieren. Das hindert aber nicht, daß ich mich herzlich gefreut habe, gerade aus der DDR dieses schöne Zeugnis zu bekommen. Sie dürfen gewiß sein, daß ich alles, was sich dort ereignet, mit tiefer Anteilnahme begleite und, dem Getöse der westlichen Presse zuwider, so unbefangen, als es mir möglich ist, zu verstehen versuche. Und wenn ich in bestimmter Situation gefragt sein und eine Meinung haben werde, so werde ich auch in Zukunft mein Sprüchlein dazu sagen, so gut es mir gegeben ist.

Da Sie mich nicht nur in Ihrem eigenen Namen, sondern auch in dem des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union angeredet haben, so darf ich Sie bitten, meinen Dank und meinen Gruß auch an die andern Mitglieder dieses Gremiums weiterzugeben.

Mit allen guten Wünschen und in ausgezeichneter Hochschätzung Ihr sehr ergebener Karl Barth."



Vom Aufbau in den polnischen Westgebieten zeugt der wiederaufgebaute Marktplatz mit dem Rathaus in Opole
Foto: Zentralbild

Nein zum Bonner Wehrpflichtgesetz

„Offenbare Verfassungsverletzung" — Denkschrift der Kirchlichen Bruderschaft

Darmstadt (ADN). Der Entwurf des Wehrpflichtgesetzes der Bonner Regierung enthält eine offenbare Verfassungsverletzung, da er nur einen begrenzten Kreis von Wehrdienstgegnern anerkennt. Diese Feststellung trifft die Leitung der Evangelischen Kirchlichen Bruderschaft in einer Denkschrift zur Kriegsdienstverweigerung, die von der in Darmstadt erscheinenden „Stimme der Gemeinde", der Halbmonatsschrift der Bekennenden Kirche, veröffentlicht wird. Die Kirchliche Bruderschaft müsse daher diesem Entwurf ein klares „Nein" entgegensetzen.

In der Denkschrift wird im einzelnen nachgewiesen, daß nach den in der Verfassung garantierten Grundrechten des Staatsbürgers keine legitime Handhabe besteht, „durch das Wehrpflichtgesetz der Mehrzahl aller Betroffenen die Verfassungsgarantie zu entziehen, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Diese drohende Verfassungsverletzung", heißt es in der Denkschrift weiter, „schafft einen ernsten Tatbestand. Die Urheber des Entwurfes werden ihrerseits behaupten, sie hielten sich im Rahmen bloßer Gesetzesauslegung. Eine Auslegung, die den Gehalt des auszulegenden Verfassungsrechtssatzes einschneidend verkürzt, kann aber nicht mehr rechtens sein. Ein solches Verfahren bietet zudem einen gefährlichen Anreiz für künftige Träger der staatlichen Gewalt, hinderliche Grundrechte den jeweiligen Wünschen anzupassen."

Die Leitung der Kirchlichen Bruderschaft wird die Denkschrift der Synode und dem Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, der Rheinischen Synode und Kirchenleitung sowie den Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates vorlegen. Außerdem hat die Leitung der Bruderschaft bei der Evangelischen Kirche in Deutschland beantragt, einen Beauftragten für Wehrdienstverweigerer zu ernennen.

Pineau über Eindrücke in der UdSSR

„Sowjetvolk entfaltet große Kräfte, um Existenzbedingungen zu verbessern"

Paris (NZ/ADN). Über die Eindrücke seiner Reise durch die Sowjetunion berichtete der französische Außenminister Pineau in einem Interview mit einem Korrespondenten des französischen Rundfunks. Auf die Frage, was er über seine Worte vor Antritt der Reise — die UdSSR habe fest den Weg der Minderung der internationalen Spannung eingeschlagen — jetzt denke, antwortete Pineau: „Mein kurzer Aufenthalt in Leningrad und auch in Kiew hat meine Meinung voll und ganz bestätigt. Ich sehe, daß das Sowjetvolk große Kräfte entfaltet, um eine Verbesserung seiner Existenzbedingungen zu erreichen, und in dieser Hinsicht ist die internationale Entspannung wie vieles andere eines der notwendigsten Elemente für die Hebung des Lebensstandards der Massen."

Ueber Möglichkeiten des Näherkommens der Menschen in Frankreich und in der Sowjetunion sagte Pineau: „Aus den wenigen Worten, die ich auf der Straße, im Theater und anderswo mit Passanten oder Zuschauern wechseln konnte, gewann ich den Eindruck, daß alle diese Menschen vieles über Frankreich wissen möchten. Es ist möglich, daß politische und technische Schwierigkeiten den gegenseitigen Austausch im wünschenswerten Umfang noch behindern werden. Aber ich bin überzeugt, daß der Empfang, den das Sowjetvolk den Vertretern Frankreichs bereitete, gute Früchte tragen wird."

„Basis für Annäherung ist geschaffen"

Jerewan (ADN). Außenminister Pineau und seine Begleiter sind, aus Kiew kommend, in Jerewan eingetroffen. Die französischen Gäste machten unterwegs in Rostow am Don für kurze Zeit Station und besichtigten Sehenswürdigkeiten der Stadt.

Bei der Abreise aus Kiew dankte Außenminister Pineau der ukrainischen Regierung und dem ukrainischen Volke herzlich für den freundschaftlichen Empfang. „Nunmehr, da die Basis für eine Annäherung zwischen den Völkern geschaffen ist, müssen sich nicht nur die Regierungsmitglieder, sondern auch die Völker häufiger treffen", sagte Pineau.

Der unbestreitbare Erfolg

GF. In bemerkenswert herzlicher Offenheit ist das Abschlußkommuniqué über die sowjetisch-französischen Besprechungen abgefaßt. Meinungsverschiedenheiten, die in den wenigen Konferenztagen naturgemäß nicht im Handumdrehen beseitigt werden konnten, werden nicht verschwiegen, nicht bagatellisiert, sondern ehrlich zu Protokoll gegeben; dennoch spürt man in allen Wendungen dieser Verlautbarung deutlich das aufrichtige Bemühen beider Gesprächspartner, das Gemeinsame über das Trennende zu stellen. Diese Gemeinsamkeit aber beruht auf dem beharrlichen Bestreben sowohl des sowjetischen als auch des französischen Volkes, den Gedanken des Friedens zwischen den Nationen und der Koexistenz der Länder unterschiedlicher politisch-gesellschaftlicher Ordnung endgültig zum Siege zu verhelfen. Beendigung des Kalten Krieges, Festigung des Vertrauens zwischen den Staaten, Herstellung und Vertiefung gegenseitiger Kontakte — das ist die augenscheinlich dominierende Tendenz der gegenwärtigen internationalen Politik. In diesem Sinne einen ausschlaggebenden Beitrag zur Entspannung und zur Annäherung zwischen den Mächten geleistet zu haben, ist der unbestreitbare Erfolg der Moskauer Beratungen.

In seiner Ansprache im Moskauer Fernsehsender faßte Ministerpräsident Mollet die Gedanken und Gesichtspunkte, von denen er sich bei seinen Verhandlungen leiten ließ, in den Worten zusammen: „Heute beginnen die Schranken zu fallen, die uns getrennt haben. Anstatt an die Vergangenheit zu denken und uns darüber zu streiten, wer die Verantwortung dafür trug, müssen wir uns der Zukunft zuwenden und die Möglichkeiten nutzen, die sich uns heute bieten. Die Zukunft aber ist gleichbedeutend mit dem Streben nach Frieden, das die ganze Welt erfüllt." Und die Moskauer „Prawda" war es, die die gesamteuropäische Bedeutung des französisch-sowjetischen Gedankenaustausches wie folgt umriß: „Durch den Willen der Völker der Sowjetunion und Frankreichs erfolgen gegenwärtig in den gegenseitigen Beziehungen beider Großmächte des europäischen Kontinents ernsthafte Veränderungen positiven Charakters. Für die Festigung und Erweiterung der Verbindungen zwischen den Völkern Frankreichs und der Sowjetunion eröffnen sich neue, umfassende Möglichkeiten."

Es war von vornherein zu erwarten, daß es auch diesmal nicht an hinterhältigen Bemühungen internationaler Miesmacher gefehlt hat, die Atmosphäre der Moskauer Besprechungen durch Zweckpessimismus und Gerüchtemacherei zu vergiften. Wiederum aber ist diesen Kreisen

Ueber die Friedensgrenze an Oder und Neiße reichen sich Polen und Deutsche die Freundeshand!

(Aus den Losungen des Nationalrats zur Woche der deutsch-polnischen Freundschaft.)

durch die Macht der Realitäten eine eindeutige Niederlage beigebracht worden. So konnte Guy Mollet bei seiner Ankunft in Paris feststellen: „Ich bin ohne Illusionen nach Moskau gereist, aber ich muß sagen, die Ergebnisse übertreffen meine Erwartungen. Die für die nächste Zeit vereinbarten persönlichen Kontakte können tiefgreifende Auswirkungen haben." — Vor allem von Washington aus versuchte man zu behaupten, die Initiative der Sowjetunion zur Neubelebung der traditionellen sowjetisch-französischen Freundschaft verfolge die Absicht, Frankreich mit seinen atlantischen Verbündeten zu „entzweien". Es sei jedoch daran erinnert, daß man erst vor wenigen Wochen — bei dem Staatsbesuch Bulganins und Chruschtschows in England — ähnlich zu operieren suchte. Muß man überdies noch darauf verweisen, daß bereits vor dem Eintreffen der beiden sowjetischen Staatsmänner in London, bereits vor dem Eintreffen ihrer französischen Kollegen in Moskau der sowjetische Regierungschef Bulganin dem Präsidenten der USA ein zweiseitiges sowjetisch-amerikanisches Freundschaftsabkommen angetragen hatte und daß Eisenhower es ist, der mit nichtigen Ausflüchten den Abschluß eines solchen Vertragswerks immer noch in die Länge zieht? Gerade Washington dürfte es also am wenigsten nötig haben, Krokodilstränen zu vergießen und Kassandrarufe auszustoßen, wenn seine Alliierten vernünftiger und aufgeschlossener handeln als die maßgeblichen Männer der amerikanischen Regierung!

In Wirklichkeit geht es dabei lediglich darum, daß Frankreich, dessen Politiker jahrelang im Schatten ihrer anglo-amerikanischen Bundesgenossen agierten, sich nun endlich anschickt, wieder eine Politik zu betreiben, die einer europäischen Großmacht allein würdig ist. Gerade Guy Mollet und Christian Pineau haben sich in den letzten Monaten wiederholt für eine selbständigere Haltung Frankreichs im Zeichen der Notwendigkeit einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen ausgesprochen und darin fast ungeteilten Beifall der Oeffentlichkeit nicht nur ihres Landes gefunden. Sie haben dadurch ihre Moskauer Besprechungen erfolgreich vorbereitet. Der Abschluß dieser Verhandlungen bezeugt erneut, daß Frankreich weiß, wie die ihm heute zufallende Rolle in der internationalen Diplomatie aussieht und in welcher Richtung es zukünftig seine außenpolitische Aktivität entwickeln will.

Wider den Bonner Geist des Unrechts!

Neue Dokumentation des Ausschusses für Deutsche Einheit über die westdeutsche Faschisierung

Berlin (NZ). Die Säuberung der westdeutschen Justizorgane und die Reinigung der Rechtsprechung vom Geist des nazistischen Unrechts ist eine unerläßliche Vorbedingung für die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands! Das stellte der Ausschuß für Deutsche Einheit in einer großen internationalen Pressekonferenz fest, auf der neues dokumentarisches Material über die Verseuchung der westdeutschen Justiz durch aktive Nazis und notorische Antisemiten vorgelegt wurde. Die Bundesrepublik wird aufgefordert, endlich auch ihrerseits damit zu beginnen, die Hemmnisse für die Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten zu beseitigen.

Die vom Sekretär des Ausschusses für Deutsche Einheit, Dr. Girnus, vor der Presse abgegebene Erklärung enthielt eklatante Beispiele aus der westdeutschen Unrechtsprechung, angefangen von der nachträglichen Rechtfertigung der nationalsozialistischen Mordjustiz bis zu den Terrorurteilen gegen deutsche Patrioten. Während Landgerichtsdirektor Dr. Andreas Schmidt (seit 1927 Mitglied der Nazi-Partei!) in Ansbach den SS-General Simon freisprach, der im April 1945 zwei Bürger, die den Widerstand aufgeben wollten, und zwei Standgerichtsbeisitzer, die das Todesurteil nicht unterschreiben wollten, hinrichten ließ, während der Bundesgerichtshof den Arbeitermörder Ohm wegen der Penzberger Mordnacht nach vier Zuchthausurteilen in letzter Instanz ebenfalls freisprach, verurteilte das gleiche Gericht Jupp Angenfort zu fünf Jahren Zuchthaus, weil er eine andere Meinung vertritt als Adenauer. Der ehemalige Kommandant des KZ Stutthof erhielt wegen Mordes an Hunderten Juden fünf Jahre Zuchthaus in einer Form, die ihn praktisch auf freien Fuß setzt. Aber eine Insassin des gleichen KZ, die Fremdarbeiter mit Lebensmitteln unterstützt hat, kämpft noch heute vergeblich um Entschädigung. Gegen die Flut neonazistischer Literatur, die allein im letzten Jahr siebenhundert Titel umfaßt, hat die westdeutsche Justiz angeblich „keine Rechtshandhaben", aber sie ist keinen Augenblick verlegen um solche Handhaben, wenn es sich darum handelt, ein junges Mädel wie Hannelore Schacht für 22 Monate einzusperren, weil sie Kinder für den Ferienaufenthalt in der DDR warb, oder streikende Arbeiter zu bestrafen. Verboten und verfolgt werden in der Bundesrepublik nur Organisationen und Personen, die bereits unter Hitler verfolgt wurden. Wenn man die Bundesrepublik als Rechtsstaat bezeichnen wolle, sagte Girnus, könne man ebensogut die Kobra ein Haustier nennen. Rechtsstaat sei die Bundesrepublik nur in dem Sinne, daß dort „rechts" regiert werde. Es handle sich auch nicht nur um einzelne Richter, der braune Geist herrsche von oben bis unten, und der ganze Apparat werde zentral von Bonn in diesem Geiste gesteuert.

Auf eine Frage des Vertreters von „Le Monde" erklärte Girnus, daß der Bonner Ungeist durch die Pfingstkundgebungen der sogenannten Landsmannschaften, durch die amtlich geförderte Hetze zum Revanchekrieg hundertprozentig bestätigt werde. In der Frage der politischen Gefangenen, so wurde auf eine Frage der „Neuen Zeit" erklärt, sei jetzt die Bundesrepublik am Zuge. Der Vorsitzende des Ausschusses für Deutsche Einheit, Dr. Loch, ergänzte auf weitere Fragen, daß diese Angelegenheit in der DDR noch im Laufen sei und deshalb Zahlen noch nicht gegeben werden können. Grundsätzlich würden alle Urteile überprüft, denen Handlungen aus politischen Beweggründen zugrunde liegen, auch dann, wenn kriminelle Delikte damit verbunden seien.

Evangelischer Notruf

Genf (NZ). In einem Aufruf an die Protestanten des Landes hat der Bund der Evangelischen Kirchen in Kolumbien bekanntgegeben, daß allein in der zweiten Hälfte des Monats April in Kolumbien wieder 30 Kirchen geschlossen und sieben Pfarrer verhaftet worden sind. Auch die Ausschreitungen gegen die Mitglieder der evangelischen Kirchen hätten wieder zugenommen. Die Lage sei kritischer als seit Jahren.